

**6 K 7 23 TB**



# Amtsgericht Northheim

## Beschluss

### Terminbestimmung

6 K 7/23

26.11.2024

Im Wege der Zwangsvollstreckung zwecks Aufhebung der Gemeinschaft

sollen am **Freitag, 17. Januar 2025, 10:00 Uhr**, im Amtsgericht Bahnhofstraße 31, 37154 Northheim, Saal 5, versteigert werden:

Die im Grundbuch von **Uslar Blatt 2199** eingetragenen Grundstücke

Lfd. Nr.	Gemarkung	Flur	Flurstück	Wirtschaftsart und Lage	Größe m <sup>2</sup>
8	Uslar	15	156	Grünland, Heimekenberg	4046
11	Uslar	7	101/1	Ackerland, Eichhagen	5983

Der Versteigerungsvermerk wurde am 25.07.2023 in das Grundbuch eingetragen.

Verkehrswert:

2.460,00 € (lfd. Nr. 8)

22.000,00 € (lfd. Nr. 11)

**Gesamtverkehrswert:**

**24.460,00 €**

#### Objektbeschreibung:

Lfd. Nr. 8: land- und forstwirtschaftlich genutztes Grundstück, Grünland.

Lfd. Nr. 11: land- und forstwirtschaftlich genutztes Grundstück

Das Grundstück wird als Ackerland genutzt, es ist unbebaut. Im Bereich der nordöstlichen Grundstücksgrenze befindet sich ein Leitungsmast. Das Wertermittlungsobjekt ist in südwestlicher Richtung mit einer Starkstromleitung (110 kV) überspannt.

Ist ein Recht im Grundbuch nicht vermerkt oder wird ein Recht später als der Versteigerungsvermerk eingetragen, so muss der Berechtigte es spätestens im Versteigerungstermin vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anmelden. Er muss es auch glaubhaft machen, wenn der Gläubiger oder der Antragsteller oder bei einer Insolvenzverwalterversteigerung der Insolvenzverwalter widerspricht. Das Recht wird sonst im geringsten Gebot nicht berücksichtigt und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses dem Anspruch des Gläubigers und den übrigen Rechten nachgesetzt.

Es ist zweckmäßig, schon zwei Wochen vor dem Termin eine Berechnung des Anspruchs – getrennt nach Hauptforderung, Zinsen und Kosten – einzureichen und den beanspruchten Rang mitzuteilen. Der Berechtigte kann die Erklärungen auch zur Niederschrift der Geschäftsstelle abgeben.

Wer ein Recht hat, das der Versteigerung des vorbezeichneten Versteigerungsobjekts oder des nach § 55 ZVG mithaftenden Zubehörs entgegensteht, wird aufgefordert, die Aufhebung oder einstweilige Einstellung des Verfahrens zu erwirken, bevor das Gericht den Zuschlag erteilt. Geschieht dies nicht, tritt für das Recht der Versteigerungserlös an die Stelle des versteigerten Gegenstandes.

Quattek  
Rechtspflegerin